

Bachelor aus Bulgarien, Ausbildung in Afghanistan

8. November 2023 – In vielen Berufen mangelt es an Personal, auch in Nordrhein-Westfalen. Ohne genügend Fach- und Arbeitskräfte komme ein attraktiver Wirtschaftsstandort jedoch nicht aus, argumentieren CDU und Grüne in einem Antrag. Sie wollen daher die Potenziale von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte besser ausschöpfen und ebenso Fach- und Arbeitskräfte aus dem Ausland gewinnen. Zur Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse befragten der Arbeits- und der Integrationsausschuss Sachverständige aus Behörden und Praxis.

In ihrem Antrag „Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse beschleunigen – Potenziale nutzen, Engstellen beseitigen, Karrieren ermöglichen“ (18/4559) fordern CDU und Grüne die Landesregierung zu Sofortmaßnahmen auf. Sie solle u. a. für einen niedrigschwelligen und mehrsprachigen Zugang zur Zentralstelle Fachkräfteeinwanderung sorgen und den Prozess der Berufsanerkennung unbürokratischer und attraktiver gestalten. Denkbar sei auch eine Erfassung der beruflichen Potenziale von Geflüchteten in Unterbringungseinrichtungen des Landes. In einem mitberateten Entschließungsantrag (18/4670) fordert die SPD-Fraktion u. a., Ausländerbehörden zu „Willkommensbehörden“ umzubauen.

Die Sachverständigen begrüßten das Ziel, im Ausland erworbene Berufsabschlüsse schneller anzuerkennen. Zentral sei, das inländische Fachkräftepotenzial der bereits hier lebenden Menschen zu aktivieren, erklärte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB). Der Antrag falle in Teilen aber hinter die Fachkräftestrategie des Landes zurück. Er enthalte Prüfaufträge und Bestandsaufnahmen, obwohl im Strategiepapier des Landes bereits Vorhaben zur Umsetzung formuliert seien. Ohne zusätzliches Geld gehe es nicht. Zudem warnte der DGB: „Einwanderung darf nicht dazu dienen, gute Arbeitsbedingungen und Tarifverträge zu unterlaufen.“

Lägen alle erforderlichen Dokumente vor, dauere ein Verfahren zur Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen zwei bis vier Wochen, erläuterten die Handwerkskammern Düsseldorf und Köln in ihrer gemeinsamen Stellungnahme. Wegen einer Regelungslücke zähle die Dauer aber bereits ab einem Zeitpunkt, an dem wichtige Unterlagen noch fehlten, nämlich Angaben zu den Ausbildungsinhalten im Ausland. Diese seien teils schwer zu beschaffen und teuer zu übersetzen. Die Übersetzungskosten schreckten viele Menschen ab, ein Anerkennungsverfahren anzustoßen.

Nachqualifizierung

Laut Stellungnahme der Industrie- und Handelskammern (IHK) in Nordrhein-Westfalen ergeben nur knapp die Hälfte aller Anerkennungsverfahren eine Gleichwertigkeit der Qualifikation. Eine Nachqualifizierung koste Zeit

und Geld, gaben die Kammern zu bedenken und brachten den alternativen Erwerb von Berufserfahrung ins Spiel. An einem schnelleren Einstieg in den Beruf hätten häufig sowohl die Fachkräfte als auch die Betriebe ein Interesse.

Die Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit begrüßte die Vorschläge im Antrag. „Gesetzliche Arbeitsverbote für Geflüchtete limitieren allerdings für die Dauer des Aufenthalts in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente“, heißt es in ihrer Stellungnahme. Eingesetzt würden jedoch Online-Anwendungen, um eigene Ziele, Potenziale und Kompetenzen zu identifizieren. Die Zentrale Servicestelle Berufsanerkennung verfüge inzwischen über ein mehrsprachiges Beratungsangebot, um im Ausland lebende Interessierte anzusprechen.

Die Deutsche Rentenversicherung Rheinland bot in ihrer Stellungnahme Unterstützung an: Sie verfüge über „eine Expertise in der beruflichen Qualifikation, beruflichen Eingliederung und konkreten Vermittlung in Beschäftigung, die für den Personenkreis der Geflüchteten und Zugezogenen aus dem Ausland nicht genutzt wird“. Auch Partnerinnen und Partner wie Berufsförderungswerke und Berufliche Trainingszentren könne man einbinden.

Foto: Schälte



Der Antrag habe vor allem industrielle Berufe im Blick, bemerkte die Freie Wohlfahrtspflege NRW. Pflege- und Erziehungsberufe spielen kaum eine Rolle. Zum einen aber stelle die Sozialwirtschaft selbst einen erheblichen Wirtschaftsfaktor dar. Zum anderen Sorge das Personal in Pflege- und Betreuungsberufen dafür, dass die Arbeitskräfte dem Markt überhaupt zur Verfügung stünden und nicht wegen Betreuungsaufgaben ausfielen. Der Verband forderte ein Gesamtkonzept, das eine differenzierte Beratung beinhalte und Faktoren wie Wohnen, Spracherwerb und Kinderbetreuung berücksichtige.

Kulturwechsel

Ausdrücklich zu begrüßen sei der im SPD-Antrag geforderte Kulturwechsel, heißt es in der Stellungnahme der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender. Denn Deutschland tue „gerade alles dafür, um für Einwandernde unattraktiv zu werden“. Vorschläge zu „Verschärfungen, Abschottung und Abschiebungen“ seien kontraproduktiv: „Die Asylsuchenden von heute sind die Fachkräfte von morgen.“ Der Verband forderte u. a. einen „Spurwechsel“: Wessen Asylantrag abgelehnt werde, müsse in einen „Aufenthalt für die Arbeit“ wechseln können. Dies schaffe Sicherheit nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für die Betriebe.

Aus der Praxis berichteten Vertreter der Educaro Deutschland GmbH, einer Agentur, die seit 2018 auf die Migration von Pflegekräften nach Deutschland spezialisiert ist. Der gesamte Anerkennungsprozess gehöre auf den Prüfstand gestellt – idealerweise unter Mitwirkung aller beteiligten Stellen. Zudem seien mehr Personal für die Zentralstelle Fachkräfteeinwanderung, eine weitere Digitalisierung und verbindliche Zeitvorgaben geboten. Unverständliche Formulare, uneinheitliches Vorgehen, hohe Kosten und eine Gesamtdauer des Anerkennungsprozesses von bis zu einem Jahr führten zu Frustration und Absprung von Kandidatinnen und Kandidaten, aber auch von Kliniken und Pflegeeinrichtungen. *sow*

Alle Stellungnahmen zur Anhörung finden Sie [hier](#):



Standpunkte

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Die Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen ...



Marco Schmitz
(CDU)



... muss beschleunigt werden, um die Integration von internationalen Fachkräften zu fördern und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Derzeitige Verfahren sind oft langwierig und komplex, was zu Frustration und Verzögerungen führt. Effizientere Strukturen, die den Prozess transparenter gestalten und Ressourcen für eine beschleunigte Bearbeitung bereitstellen, sind notwendig.



Lena Teschlade
(SPD)



... ermöglicht qualifizierte Arbeitsmigration und dient der Sicherstellung von Qualitätsstandards. Hierzu ist eine ressourcenorientierte Prüfung der individuellen Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt sinnvoll, die eine gute personelle und bürokratische Infrastruktur voraussetzt.



Benjamin Rauer
(Grüne)



... muss auf allen Ebenen noch deutlich einfacher, schneller und digitaler gehen. Dazu gehört auch, die zuständigen Stellen so auszugestalten, dass sie niedrigschwellig und mehrsprachig über die einzelnen Schritte für die Durchführung eines Anerkennungsverfahrens informieren. Wir wollen unnötige bürokratische Hürden abbauen.



Susanne Schneider
(FDP)



... benötigt immer noch zu viel Zeit. Prüfungsverfahren, die sich über Monate ziehen, frustrieren die Betroffenen und sind in Zeiten des Fachkräftemangels nicht hinnehmbar. Selbst bei Gesundheitsberufen können die Verfahren trotz aller Beschleunigungsmaßnahmen über ein halbes Jahr dauern. Vermehrte Teilanerkennungen können ein Mittel sein, Menschen einen ersten Einstieg in Arbeit zu ermöglichen.



Dr. Martin Vincenz
(AfD)



... ist ein notwendiges Verfahren zur Aufrechterhaltung der qualitativ hohen Standards deutscher Bildungs- und Berufsabschlüsse.